

o.714.0 - GV/se

Bern, 13. Juli 1984

Protokoll

der Gespräche zwischen Herrn Bundesrat Aubert
und UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar

vom 5. Juli 1984 in Genf

I. Einleitung

BR Aubert erinnert einleitend an die tragenden Pfeiler der schweizerischen Aussenpolitik: Neutralität, Solidarität, Universalität und Disponibilität und hebt im folgenden Gespräch vor allem den letztgenannten Grundsatz hervor. Er erklärt die Bereitschaft der Schweiz zur Leistung guter Dienste in allen vier auf der Tagesordnung stehenden Konfliktsherden und unterstreicht den Willen unseres Landes, auch in Zukunft eng mit der UNO zusammenzuarbeiten. Schliesslich lädt er Pérez für einen Besuch im nächsten Jahr nach Bern ein.

II. Iran - Irak

BR Aubert erwähnt seine jüngsten Kontakte, (u.a. mit den Aussenministern Pakistans und Irans) und erinnert an die zustimmende Antwort des Bundesrats auf das Gesuch des UNO-Generalsekretärs vom 15. Juni 1984, das im Mittleren Osten stationierte Fokker-Flugzeug für den Transport von UNTSO-Beobachtern nach Bagdad und Teheran zur Verfügung zu stellen.

Teilnehmer: Schweizerischerseits: - Botschafter F. Muheim
- Botschafter A. Hegner
- M. Pache
- Ph. Jaccard
- A. v. Graffenried

Vereinte Nationen: - Generaldirektor Suy
- G. Picco
- E. de Olivares

Er würdigt die Initiativen des UNO-Generalsekretärs in diesem Konflikt und erkundigt sich nach der Beurteilung der aktuellen Lage, insbesondere nach den Chancen eines Waffenstillstands und dem Schicksal der Palme-Mission.

Pérez de Cuéllar erklärt, da Iran die Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats nicht anerkenne, sei er gezwungen, weitgehend ausserhalb dieses Rahmens, in eigener Verantwortung zu handeln. Er sei in letzter Zeit mit beiden Parteien in regelmässigem Kontakt gestanden und könne feststellen, dass er auch das Vertrauen Irans, des schwierigeren Partners, habe gewinnen können. Sein später vom Sicherheitsrat gutgeheissener Aufruf über die Nichtverwendung chemischer Waffen habe sicher zur Vertrauensbildung beigetragen. Bekanntlich habe er hernach einen erneuten Aufruf für die Beendigung der Bombardierung ziviler Ziele erlassen. Dieser Appell sei gut aufgenommen worden und jetzt sei je eine Beobachteréquipe zur Ueberwachung dieses Aufrufs in Bagdad und Teheran stationiert. Am 24. Juni habe er einen dritten Appel an die Kriegsparteien erlassen, von grossen Truppenkonzentrationen und vom Einsatz chemischer Waffen abzusehen. Iran habe positiv reagiert, während die irakische Antwort noch ausbleibe.

Dieses Vorgehen in kleinen Schritten sei zur Zeit die einzige Möglichkeit, denn beide Parteien glaubten noch an einen möglichen Sieg. Irak vertraue auf seine Waffen, Iran auf seine Massen. Deshalb sei man heute noch weit von einem Waffenstillstand entfernt. Durch eine Politik der kleinen Schritte sei es bisher immerhin gelungen, eine geographische Ausweitung des Konflikts und die Auslösung einer iranischen Grossoffensive zu verhindern. Letztere wäre mit ungeheuren menschlichen Opfern verbunden. Dabei hätten neben den westlichen und den Golfstaaten auch die UdSSR und Syrien, das einen mässigenden Einfluss auf Iran ausübe, einen bedeutenden Beitrag geleistet. Als bedauerlich bezeichnet Pérez die irakischen Drohungen, gegen eine iranische Grossoffensive alle Waffen einzusetzen. Irak benütze seine chemischen Waffen als Abschreckung.

Am 6. Juli wird Pérez mit Palme zusammentreffen und dann gemeinsam prüfen, ob dieser in der jetzigen Phase seine Mission wieder aufnehmen solle. Palme sei immer bereit sich einzusetzen. Man müsse ihn eher zurückhalten, da ein Misserfolg eines so hohen Vermittlers unbedingt zu vermeiden sei.

Pérez schliesst seine Ausführungen über den Krieg zwischen Iran und Irak mit der Bemerkung, dank den an sich gewiss bescheidenen Friedensbemühungen habe zumindest die Ausweitung des Konflikts bis jetzt verhindert werden können.

III. Naher Osten

BR Aubert erinnert an die Durchführung der Libanon- und Palästina-Konferenz in der Schweiz. Die erste Libanon-Konferenz habe in einer eisigen Atmosphäre begonnen. Allein die Tatsache, alle Parteien um einen Tisch zu vereinen, sei damals ein beträchtlicher Erfolg gewesen. Die Lausanner-Konferenz habe in einer Atmosphäre der Frustration geendet. Erfreulich sei nun die Entwicklung der letzten Tage. Er fragt Pérez, wie er die Situation nach seiner Nahost-Reise beurteile. BR Aubert erwähnt seine jüngsten Kontakte mit Politikern aus dem Nahen Osten und weist darauf hin, dass die Schweiz mit allen Staaten der Region, natürlich auch mit Israel, gute Beziehungen pflegt. Er weist in diesem Zusammenhang erneut auf die Disponibilität der Schweiz hin.

Pérez de Cuéllar berichtet, der Wunsch nach einer friedlichen Lösung des Gesamtproblems sei von allen fünf besuchten Ländern manifestiert worden. Freilich werde die Dringlichkeit der Konfliktlösung unterschiedlich beurteilt. Israel zeige keine besondere Eile, den status quo zu ändern.

In Aegypten habe Pérez eine "grosse Weisheit" gefunden. Die dortige Führung zeige sich besorgt um die Lage der Palästinenser in Cisjordanien und in Gaza. Sie sei überzeugt, dass möglichst bald ein Verhandlungsprozess mit dem Ziel einer Gesamtlösung des Nahost-Problems in Gang gebracht werden müsse. Dieser Verhandlungsprozess müsse nach Auffassung von Boutros Ghali unter Beiziehung der UdSSR, mit der Aegypten wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen werde, unter der Obhut der UNO erfolgen. Aegypten sei enttäuscht, dass Israel und die USA eine internationale Konferenz ablehnten.

In Syrien habe Pérez einen Präsidenten gefunden, der sich wieder guter Gesundheit erfreue und einen entschiedenen Eindruck hinterlasse. Hafez el Assad habe sich bedeutend gemässiger gezeigt als erwartet. Er unterstützte die Präsenz von Blauhelmen auf dem Golan und im Libanon. Ermutigend findet Pérez aber besonders, dass Assad das Recht Israels auf Sicherheit an seiner Nordgrenze ausdrücklich anerkenne. Dieser erachte ein minimales Einvernehmen zwischen Libanon und Israel als notwendig, lehne jedoch direkte Kontakte zwischen den beiden Staaten ab. Assad befürchtet nämlich, dass direkte Kontakte in eine ähnliche Ueber-einkunft münden, wie das erste Abkommen, das Syrien kategorisch abgelehnt hat. Gespräche sollten über einen Vermittler laufen. Gemäss Pérez kommen die USA oder Frankreich, oder aber - so der syrische Aussenminister Khaddam - der UNO-Generalsekretär in Frage. Pérez wäre nur bereit, ein solches Mandat anzunehmen, falls die beiden genannten Staaten nicht von allen Par-

teien akzeptiert würden. Erwartungsgemäss hätten die Syrier sodann für die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz plädiert.

Im Libanon habe Pérez u.a. den Präsidenten, den Premierminister und den Schiitenführer Berri getroffen. Diese Besprechungen seien in einer sehr guten Atmosphäre verlaufen, doch sei es für Pérez deutlich spürbar gewesen, dass er Gesprächspartnern gegenüberstand, die keinen wirklichen Machtfaktor darstellen. Auch die libanesische Regierung strebe eine Regelung mit Israel an. Pérez habe den Eindruck gewonnen, dass Gemayel die USA als Vermittler sehen möchte, während andere Frankreich vorzögen. Berri möchte eine Vermittlung durch die Vereinten Nationen. Wie im Falle Syriens habe Pérez davon abgesehen, sich jetzt schon über diese Möglichkeit zu äussern.

Bezüglich der Sicherheit im Südlibanon habe der Generalsekretär an seine früheren Vorschläge erinnert, gemäss denen die FINUL zusammen mit der libanesischen Armee die Stellungen der israelischen Armee nach deren Rückzug einnehmen sollte. Die grösste Sicherheit würde man aber gemäss Pérez dadurch schaffen, dass man den Libanesen hilft, aus dem Südlibanon wieder eine prosperierende Gegend zu machen.

Den kürzlich von Shamir gemachten Vorschlag, die UNO-Truppen vom Süden Libanons abzuziehen, um sie zwischen den israelischen und syrischen Truppen in Stellung zu bringen, verwirft Pérez, da dieser Vorschlag dem Mandat der FINUL widerspreche.

In Jordanien habe Pérez eine sehr "günstige und vernünftige" Atmosphäre gefunden. Der König sei aber enttäuscht, ja entmutigt. Angesichts des völligen Immobilismus' fürchte er, dass es zu einer Konsolidierung des status quo komme. Er wünsche, dass die UNO einen Verhandlungsprozess in Gang bringe, und sei es nur als Zeichen, dass der heutige Zustand nicht hingenommen werde. Als Antwort habe Pérez den König an den im Bericht des UNO-Generalsekretärs an die Generalversammlung von 1983 enthaltenen Vorschlag erinnert, der vorsieht, dass im Sicherheitsrat hinter verschlossenen Türen unter Beizug aller direkt betroffenen Parteien, Palästinenser inbegriffen, die verschiedenen Aspekte des Nahost-Konfliktes erörtert würden. Dieser Prozess, der, wie Pérez unterstreicht, abgeschirmt von der Oeffentlichkeit verlaufen müsste, würde sehr viel Zeit beanspruchen und könnte, sofern erfolgreich, später in eine internationale Konferenz ausmünden. Diese würde aber bloss den Abschluss der vorangegangenen, eigentlichen Verhandlungen im vertraulichen Rahmen des Sicherheitsrats bilden.

In Israel habe der Generalsekretär u.a. Shamir und Arens getroffen. Kurz vor den Wahlen habe er natürlich nicht viel von seinen Gesprächspartnern erwartet. Trotzdem sei ihm "eine gewisse Rigi-

dität" aufgefallen. Shamir lehne bekanntlich nicht nur eine internationale Konferenz ab; er habe sich auch gegen die Idee des Sicherheitsrats als Verhandlungsforum ausgesprochen. Er habe den Eindruck gegeben, Israel würde über viel Zeit verfügen. Im Unterschied zu Pérez beurteile er z.B. die derzeitige Lage im Südlibanon als nicht besonders beunruhigend. Für Pérez ist dies ein gefährliches Fehlurteil, denn die Mehrheit der Bevölkerung dieser Region besteht aus Schiiten, die sich von der israelischen Besetzungsmacht unterdrückt fühlen. Er habe deshalb Shamir davor gewarnt, dass sich Israel beim Ausbleiben einer raschen Regelung statt einem palästinensischen, einem fundamentalistischen Terror gegenüber sehen könnte. Deshalb habe Shamir gefordert, die UNO-Truppen müssten im Süden Libanons mit den christlichen Milizen zusammenspannen. Pérez habe diesen Vorschlag kategorisch abgelehnt, da UNO-Truppen weder mit Terroristen noch Widerstandskämpfern, sondern nur mit Regierungen zusammenarbeiten könnten. Er habe seinen israelischen Gesprächspartnern auch mitgeteilt, dass er die arabischen Staaten, insbesondere Syrien, gemässiger als erwartet vorfand. Die frühere Sprache bezüglich Israel werde nicht mehr verwendet; Israel werde langsam als Realität in der Region anerkannt. Deshalb müsste sich Israel auf seine Grenzen zurückziehen.

Die Eindrücke seiner Nahost-Reise zusammenfassend erklärt Pérez, die arabischen Staaten suchten eine Lösung, während Israel es nicht allzu eilig habe. Er selber sei überzeugt, dass möglichst bald ein Verhandlungsprozess in Gang gebracht werden müsse, wolle man eine erneute Zuspitzung des Konflikts verhindern.

Pérez dankt, dass ihm die Möglichkeit gegeben wird, Arafat bald in Genf zu treffen. Keiner der fünf Staaten, die er im Nahen Osten besuchte, habe eine Unterredung mit dem Führer der PLO auf seinem Territorium erlaubt. Da Arafat ihn aber doch sehen wollte, habe ihm Pérez Wien, Genf oder Riad vorgeschlagen. Arafat habe sich für Genf ausgesprochen. Ausser in Aegypten habe sich keiner seiner Gesprächspartner über Arafat geäussert. Pérez kann sich deshalb nicht über dessen derzeitige politische Stellung innerhalb der arabischen Welt im allgemeinen und der PLO im besonderen aussprechen.

BR Aubert würdigt nun die Tatsache, dass es der derzeitige UNO-Generalsekretär versteht, von allen Parteien, u.a. auch von Shamir, als Gesprächspartner oder sogar als Vermittler angenommen zu werden. Dies sei eine ausserordentliche Leistung. Auf den kürzlichen Gefangenenaustausch zwischen Syrien und Israel angesprochen erklärt Pérez, die Anerkennung dafür verdiene das IKRK, "mein bester Verbündeter".

IV. Zypern

BR Aubert erinnert einleitend an seine Initiative im Ministerkomitee des Europarats. Da vier Staaten des Europarats in den Zypern-Konflikt einbezogen sind (GB, Griechenland, Türkei und Zypern), könne sich diese Organisation gegenüber dem Schicksal der Insel nicht desinteressiert zeigen. Die Initiative bezwecke aber einzig, die Friedensbemühungen der UNO, im besonderen jene des Generalsekretärs, zu unterstützen. Sie stecke sich keine weiteren Ziele und sei keine parallele Initiative. Die Anregung sei auch von der Erkenntnis ausgegangen, dass die Türkei zum Europarat in einer besonderen Beziehung stehe. Die Schweiz habe sich stets für das Verbleiben der Türkei im Europarat eingesetzt. BR Aubert anerkennt, dass ein Tätigwerden des Europarats zur Zeit wohl nicht opportun wäre und stellt die Frage, ob ein neutraler Staat in der derzeitigen Phase eventuell eine mögliche Rolle zur Lösung des Zypern-Konfliktes leisten könnte.

Pérez umreist den Plan des weiteren Vorgehens. In letzter Zeit stand er mit allen Parteien in Kontakt. In den nächsten Wochen wird er seine Ideen für eine Gesamtlösung mit verfassungsrechtlicher und territorialer Komponente vorlegen. Falls diese Vorschläge als Verhandlungsbasis akzeptiert werden, ist Pérez bereit, als Vermittler zwischen den Parteien zu wirken (sog. "proximity talks"). Sodann könnten, falls die Verhandlungen zu einem gewissen Erfolg führen, die Ergebnisse durch eine Konferenz in Zypern sanktioniert werden. Pérez schliesst nicht aus, dass in einer gewissen Phase des Verhandlungsprozesses ein Experte aus der Schweiz beigezogen würde. Es sei jetzt vor allem wichtig, schnell zu handeln. Er werde seine Ideen in drei bis vier Wochen vorlegen. Es gehe darum, eine Formel zu finden, die beiden Parteien erlaube, das Gesicht zu wahren. Pérez unterschätzt die Schwierigkeiten nicht, denn beide Gemeinschaften ständen einander - nicht ohne Berechtigung - mit tiefem Misstrauen gegenüber. Er zeigt sich aber durch die Tatsache ermutigt, dass es ihm gelang, eine Verschiebung des ursprünglich auf den 10. August festgelegten Referendums über die Unabhängigkeit im türkischen Teil der Insel zu veranlassen. Schwierigkeiten bereite ihm aber u.a. das Bestreben Ankaras, das Zypernproblem als Teil der griechisch-türkischen Beziehungen zu verstehen: dies sei der beste Weg, um den Konflikt zu verewigen. In Griechenland zeige sich die Regierung Papandreous wenig flexibel und die Kirche - im Unterschied zur kommunistischen Partei und zur Rechten - wenig konstruktiv. Er genieße aber die Unterstützung der gesamten internationalen Gemeinschaft für seine Initiative.

V. Afghanistan

Aus Zeitgründen konnte diese Frage nur gestreift werden. Pérez wird bei seinem bevorstehenden Moskau-Besuch darüber sprechen. Die Sowjets wissen dies, da ihn auch Cordovez, sein mit dem Afghanistan-Konflikt betrauter Mitarbeiter, begleiten wird. Im Vordergrund dieser Gespräche wird die Frage des Rückzugs der sowjetischen Truppen und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten stehen. Aber auch die Flüchtlingsfrage soll zur Sprache kommen. Allein die Bereitschaft der UdSSR, mit ihm darüber zu sprechen, wertet Pérez, der sich insbesondere in diesem Konflikt seiner äusserst begrenzten Wirkungsmöglichkeiten bewusst ist, als ermutigend.

BR Aubert kommt kurz auf die sowjetischen Internierten in der Schweiz zu sprechen und erinnert, dass die Rückkehr des IKRK's nach Kaboul ein Element der Vereinbarung gewesen sei. Auf Anfrage des Departementchefs stellt Pérez in Aussicht, sich anlässlich seines Moskau-Besuches für diese Frage einzusetzen.

VI. 39. Generalversammlung

Dieser Punkt kann aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. BR Aubert weist aber doch auf die Bedeutung, die die Schweiz dem humanitären Recht beimisst und auf unser Bestreben hin, die Gelegenheit der nächsten Generalversammlung zu benützen, um die Ratifikation der Zusatzprotokolle zu den Genferkonventionen voranzutreiben. Pérez nimmt in befürwortendem Sinn von dieser Absicht Kenntnis.



0.715.7
 Eidgenössisches Departement
 für Auswärtige Angelegenheiten
 Département fédéral des affaires étrangères
 Dipartimento federale degli affari esteri

o.714.0 - GV/se

Bern, 13. Juli 1984

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

VERTRAULICH

Gespräch Bundesrat P. Aubert / UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar
 vom 5. Juli 1984 in Genf

- An die schweizerischen diplomatischen Vertretungen im Ausland
 - An die ständige Beobachtermission der Schweiz bei den Vereinten Nationen, New York
 - An die ständige Mission bei den internationalen Organisationen, Genf
 - Departementschef Bundesrat P. Aubert-
 - Staatssekretär E. Brunner
 - Politische Abteilung I
 - Politische Abteilung II
 - Politisches Sekretariat
 - Dienst für politische Sonderfragen
 - Presse- und Informationsdienst
 - Völkerrechtsdirektion
 - Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
 - Bundesamt für Aussenwirtschaft
 zh Botschafter E. Röthlisberger
 zh Botschafter F. Blankart
 - Botschafter F. Muheim
 - R. Mayor
 - J. Bucher
 - S. Michl
 - Sektion UNO
-

Als Beilage übermitteln wir Ihnen das Protokoll der Unterredung zwischen Herrn Bundesrat P. Aubert und UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vom 5. Juli 1984 in Genf.

Die knapp über eine Stunde dauernde Unterredung reichte im wesentlichen nur zu einem tour d'horizon über den Krieg zwischen Iran und

- 2 -

Irak, sowie die Lage im Nahen Osten, Zypern und Afghanistan. Diese Gespräche sollen nächstes Jahr in Bern weitergeführt und vertieft werden.

Einmal mehr wurde ersichtlich, dass Pérez de Cuéllar einen ausgesprochenen Sinn für die Möglichkeiten und Grenzen seines Amtes und ebenso die Fähigkeit besitzt, Vertrauen zu schaffen. Dank diesen Eigenschaften wird er in den vier zur Sprache gekommenen Konflikten als Gesprächspartner und teilweise als Vermittler von allen Parteien anerkannt.

Direktion für
internationale Organisationen

Muheim